

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

kategorische Imperativ: in der Gründlichkeit der Forschung und in der der geistigen Besinnung entsprechenden kriegerischen Gesinnung. Die Romantik hat denn auch bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland geherrscht und hat von da an einen unerschütterlichen unterirdischen Bestand gehabt. Und es ist zu fragen, ob sie jemals ein Ende gefunden hat. Von den Befreiungskriegen gegen Napoleon bis zum heutigen Tag ist eine einzige Linie. Heute ist Deutschland im entscheidenden Krieg nach innen und außen gegen die westliche Überfremdung. Das Unterirdisch-Esoterische ist Volk geworden. Das romantische Volk, das völkische Volk ist im Aufstand. Das ist die blutvolle Gegenwartigkeit der Romantik für Deutschland. Kein Wunder, daß in Deutschland der Kampf um die Universität von neuem begonnen hat. Welcher Geist soll Herr der Geister werden? Das ist die blutvolle Gegenwartigkeit der romantischen Universität.

Politische Rundschau

Zum Geleit.

Verantwortliches Handeln — Politik — ist vielmehr eine Angelegenheit des Charakters und der inneren Haltung als eines äußeren Programms. Mut und Hingabefähigkeit und die Bezwingung persönlichen Ehrgeizes und Geltungsdranges entscheiden im Besten über die Berufung zu politischer Führerschaft.

Auch ist zu bestimmten Zeiten Politik eine Frage der Generationen. Die an der Herrschaft stehen, sind vom Stellungskrieg der Parteien zermürbt. Ihr Blick ruht gebannt auf einem Einzelausschnitt. Sie glauben ihrer Pflicht mit der Behauptung der jetzigen Stellung zu genügen. Eine Möglichkeit schöpferischer Neuformung von Staat und Volksgemeinschaft sehen sie nicht.

Mit einer seltsamen Instinktssicherheit hat die Natur aber ihre Geschöpfe ausgestattet. Wohl spricht man von blindem Instinkt. Er kann blindwütig zerstören, was ihm hindernd entgegentritt. Aber im Ziel ist er sicher und unbeirrbar, wenn entwurzelttes Wissen längst nicht Richtung noch Weg mehr weist. Die Generation zwischen fünfunddreißig und sechzig weiß um die Verwickeltheit und Schwere der zu lösenden Fragen. Ihr Wissen lähmt und erdrückt sie aber. Die Generation zwischen zwanzig und fünfunddreißig folgt einer anderen Eingebung. Sie fragt nicht was möglich ist, sondern was sein muß. Darin liegt ihre Berufung zur Zukunftsgestaltung.

Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Dieses vielmißbrauchte Schlagwort beleuchtet die Lage. Alles, was in toten Formen erstarrt ist — politische Parteien, absterbende Vereine, überalterte Gesellschaften —, will die Jugend „haben“, damit sie die toten Formen wieder mit neuem Leben erfülle. Heute gilt es aber, einem neuen Leben — neuen Gegebenheiten des Daseins — neue Formen zu schaffen. Hierzu die Jugend zu führen und anzuleiten, ist das Gebot der Stunde.

Die Natur macht keine Sprünge. Organisch wächst eines aus dem andern. Jeder Geschichtsabschnitt baut auf dem auf, was die vorhergehenden geschaffen. Aber Wissen um Vergangenes ist noch nicht Fähigkeit zur Gestaltung des Zukünftigen. Nur Verantwortung, nicht Wissen erzieht. Allein der Zwang zu ver-

antwortlichem Handeln bringt im Menschen diese höchste und schwerste Kunst zur Entfaltung: schöpferisch zu gestalten.

Im Dienste freier politischer Willensbildung haben die „Monatshefte“ vom ersten, vor zwölf Jahren erscheinenden Heft an gestandenn. Heute sollen sie auch in besonderem Maß der politischen Willensbildung der zur Verantwortung drängenden jungen Generation, die vor den verschlossenen Organen der herrschenden Parteien steht, dienen.

Das kommt auch in der künftigen Betreuung der „Politischen Rundschau“ zum Ausdruck. Seit dem Ausscheiden Dr. Ammanns im Juli ist die ausländische Monatsübersicht verwaist. Wir selber haben, um uns besser dem weiter ausholenden *Zeit-Aufsatz* widmen zu können, schon im April die schweizerische Monatsübersicht Dr. Ernst Wolfer von Au, St. Zürich, übertragen. Da aber Dr. Wolfer in diesen Wochen für ein Jahr nach den Vereinigten Staaten verreist ist, um dort als Austauschstudent an der Coloradouniversität sein Wissen zu ergänzen und sein politisches Blickfeld zu weiten, sind jetzt beide „Umschauen“ neu zu besetzen. Die junge Generation liefert uns den nötigen Nachwuchs dazu. Von diesem Heft an wird Dr. Robert Tobler, Gerichtssubstitut, Zürich, die schweizerische, Dr. Rolf Henne, Rechtsanwalt, Schaffhausen, die ausländische Umschau schreiben.

Die Schriftleitung.

Schweizerische Umschau.

Die mißverstandene Neutralität. / Hitlerangst in der Schweiz?

Der Beginn der Sommerferien gab den Regisseuren der Genfer Abrüstungskonferenz einen willkommenen Vorwand, um den Vorhang über einem Stücke fallen zu lassen, das kein Ende mehr zu finden drohte. Ob ihre Truppe nochmals zu einer Fortsetzung des kläglichen Spiels zusammentreten wird, ist zur Zeit noch ungewiß. Es wurde dies zwar in Aussicht gestellt. Mit einer Resolution, die der Vorbereitung des „entscheidenden zweiten Teiles“ der Konferenz galt, suchte man das bisherige dürftige Ergebnis zu verschleiern und sich vor der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen. Unterdessen hat jedoch Deutschland zu verstehen gegeben, daß es ohne die vorherige Anerkennung seiner militärischen Gleichberechtigung den Weg zur Genfer Konferenz zurück nicht finden werde. Damit ist ihr der Lebensfaden wohl abgeschnitten.

Doch nicht nur die Schauspieler haben die Freude an ihren Rollen verloren. Auch das Publikum geht nicht mehr willig mit. Selbst jene Kreise, die die Genfer Bemühungen stets unterstützten, übten diesmal scharfe Kritik. „Es ist nun einmal üblich geworden, daß sich derartige internationale Veranstaltungen auf irgend etwas einigen, sei es auch nur auf die Feststellung, daß sie in allen wesentlichen Punkten zu keinem Ziele gelangen konnten. Deutschland und Sowjetrußland erklärten sich gegen die Schlußresolution der Tagung. Italien und eine Reihe anderer Staaten enthielten sich der Stimmabgabe. Der moralische Wert der Resolution ist daher recht gering einzuschätzen. Sachlich kann man sie nur als Verlegenheitslösung begreifen. Solange sich die Aussichten auf eine greifbare und reale Verminderung der Rüstungen nicht ganz erheblich verbessern, hat es gar keinen Zweck, die Konferenz wieder zusammentreten zu lassen“. So hieß es in einem großen redaktionellen Leitartikel in Nr. 1398 der N. Z. Z.

In dieser Kapenjammerstimmung sucht man überall nach den Schuldigen. Man ist empört, wieviel „Unwahrhaftigkeit und Heuchelei“ anläßlich der Diskussion über die qualitative Abrüstung zu Tage getreten sei (N. Z. Z.). Man sieht, „daß im Ernste niemand abrüstet“ (Züricher Post Nr. 213). Die großen Militärmächte galten als die einzigen Sündenböcke und hatten in der Schweiz keine gute Presse. Selten aber nur stellte man die Frage: Was haben denn der Schweiz e-

rische Bundesrat und unsere Konferenzdelegation getan, um unserm Volke diese Enttäuschung zu ersparen?

Schon bei Beginn der Konferenz war vorauszusehen, welches Ende sie nehmen müßte, wenn auch die nähern Umstände noch im Dunkeln lagen. Es fehlte nicht an warnenden Skeptikern. Dem Bundesrate konnte es schwerlich verborgen bleiben, daß Diskussionen über die technische Seite der Abrüstungsfrage solange nutzlos sein mußten, als keine Einigung in Aussicht stand über die großen politischen Streitfragen, um derenwillen gerüstet wird. Dennoch ging unsere Delegation nach Genf. Warum? Vermutlich um bei denjenigen Mächten, die die großangelegte Komödie inszeniert hatten, nicht als Spielverderber zu erscheinen. Man wollte überall einen „guten Eindruck“ machen. (Die Diskussion über den Gasmaskencredit in der Junisession der Bundesversammlung, bei der man über dem „guten Eindruck“ die Interessen unserer Landesverteidigung opferte, beweist das eindeutig.)

Dem entsprach die Haltung unserer Delegation. Ihre Devise war: Zurückhaltung. Wennmöglich mit der Mehrheit schwimmen! Das zeigte sich schon bei der Vorbereitung der Konferenz, wie in ihrem Anfangsstadium, indem die Schweiz den grundsätzlichen, und für den Ausgang der ganzen Veranstaltung bedeutsamsten Entscheidungen, wenig und nur unbedeutende Opposition leistete.

Deutlicher wurde diese ausweichende Haltung in der für die Schweiz lebenswichtigen Frage der qualitativen Abrüstung. Hier ging es um unsere Sache. Dennoch überließ es die Schweiz im wesentlichen Mussolini, das zu tun, was ihre Pflicht gewesen wäre. Finanzielle und industrielle Hilfsmittel zur Kriegsführung, wie die Menschenreserven eines jeden Staates, sind Gegebenheiten, die durch Konventionen nicht aus der Welt geschafft werden können. Wohl aber wäre unter der Voraussetzung einer vorgängigen politischen Einigung in Friedenszeiten ein Verbot zur Herstellung bestimmter, kostspieliger und leicht kontrollierbarer Waffen, wie Tanks, schwere Geschütze, Bombenflugzeuge usw., mindestens technisch durchführbar. Wenn auch im Kriegsfalle immer mit einer Mißachtung der Verträge zu rechnen ist, so brächte uns doch der Verzicht der Großmächte, solche Waffen schon in Friedenszeiten herzustellen, bei einer wirksamen internationalen Kontrolle immerhin eine sehr erwünschte Sicherheit gegen überraschende Angriffe, denen die Schweiz nach ihrer geographischen Lage besonders ausgesetzt wäre. Italien, das sich seiner weiten, offenen Küsten wegen in einer ähnlichen, wenn auch weniger gefährdeten Lage befindet, hatte rechtzeitig erkannt, daß die qualitative Abrüstung den militärisch schwächeren Staaten eine verhältnismäßige Stärkung ihrer Wehrkraft bringe, ohne daß ein außerordentlicher finanzieller Aufwand dazu nötig wäre. Mussolini hat daher alle seine Mittel für dieses Ziel eingesetzt und, wie aus den italienischen Drohungen, aus dem Völkerbunde auszutreten, hervorgeht, den Kampf noch nicht aufgegeben. Daß den Italienern ernst war, ist kaum zu bezweifeln und wurde auch von den eifrigsten Völkerbundsfreunden (Prof. Bovet) anerkannt.

Bei der Abstimmung über die Schlußresolution ist unsere Delegation wiederum mit der Mehrheit geschwommen, obschon das Interesse unseres Landes schärfsten Protest gegen dieses Machwerk erfordert hätte. Was soll denn in der „entscheidenden zweiten Phase“ der Konferenz noch erreicht werden, wenn man sich schon heute mit einem Scheinergebnis zufrieden gibt und keinen offenen Widerstand dagegen wagt?

Wir haben uns den Kopf darüber zerbrochen, welches der politische Standpunkt des Bundesrates in der Abrüstungsfrage gewesen sei? Unsere dienstbeflissene, ewig freundlich lächelnde Hotelierpose, kann doch kaum als politischer Standpunkt bezeichnet werden! Oder doch?

Beinahe möchte es so scheinen. Unser Leitsatz, nirgends als Spielverderber zu erscheinen, läßt sich schließlich — volkswirtschaftlich rechtfertigen. So-

lange die Gewinne unserer Hoteliers, Journalisten, Völkerbundssekretäre, Verkehrs- und Transportanstalten die Kosten unserer Delegation erheblich übersteigen, so ist vom rein wirtschaftliche Standpunkte gegen diese Art der Wiederbelebung unserer Fremdenindustrie nicht viel einzuwenden. Graf Kerserling hat offenbar doch Recht, wenn er uns als „Gastwirtsvolk“ bezeichnet! (Spektrum Europas, 5. Aufl., Seite 244.)

Es wird sich natürlich in der ganzen Schweiz kaum ein „Politiker“ finden, der diese Überlegung gutheissen wird. Im Gegenteil: Ein jeder wird diesen Standpunkt entrüstet ablehnen und statt dessen auf das Zauberwort *Neutralität* verweisen, mit dem alle Grundsatzlosigkeit und jede Schwäche schweizerischer Außenpolitik bemäntelt wird. Neutralität ist das A und O unserer Außenpolitik. Ihr Sinn: Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten. Ihre Voraussetzungen: die Möglichkeit, sich jederzeit völlig auf sich selbst zurückzuziehen (Autarkie), sowie das Bestehen von mindestens zwei annähernd gleichstarken Mächtegruppen, die gegeneinander ausgespielt werden können. Diese Voraussetzungen fehlen heute. Die Schweiz ist durch die verschiedenartigsten Beziehungen mit dem Auslande schier unlösbar verflochten, und an die Stelle des Gleichgewichtes der Mächte ist seit dem Weltkriege eine sehr ungleiche Verteilung der Kräfte getreten. Unter solchen Umständen wird der Inhalt der Neutralität gerne verfälscht. (Th. Bertheau hat das im Februar/März-Heft dieser Zeitschrift für die Beziehungen der Schweiz zu Frankreich in früheren Jahrhunderten schon nachgewiesen.) Neutralität ist heute keine selbständige, des eigenen Wertes und der eigenen Aufgabe bewusste Haltung mehr, sondern ein Versuch, sich möglichst allen andern, besonders aber den Mächtigen anzupassen. Daher rührt letztlich unsere Zurückhaltung auf der Abrüstungskonferenz und der Verzicht auf eine initiative schweizerische Außenpolitik, die uns so not täte. Die Möglichkeit zwischen den Großmächten auch weiterhin erfolgreich zu lavigieren und eine gegen die andere auszuspielen, ist uns genommen. Eine Wirtschaftsausartik der Schweiz ist vollends undenkbar. Ein Desinteressement der Schweiz an europäischen Angelegenheiten, wie viele es unter Berufung auf unsere Neutralität oft vortäuschen möchten, ist daher ein Unding. Die Lebensbeziehungen der Schweiz reichen heute weit über unsere Grenzen hinaus, und deshalb ist für uns eine initiative Mitwirkung an der kommenden Neuordnung Europas Notwendigkeit. Erkennen wir diese Aufgabe, dann wird es wieder eine Schweizergeschichte geben, die mehr ist als Partizipation an Kriegsgewinnen und Kriegsverlusten, sondern lebendige Gestaltung.

Wenn nun — um auf den Ausgangspunkt der Untersuchung zurückzukommen — der verunglückten Abrüstungskonferenz vom schweizerischen Standpunkte aus wenigstens ein positives Ergebnis gutgeschrieben werden kann, so liegt es in der Verbreitung der Erkenntnis, daß man auf dem eingeschlagenen Wege zu keinem Ziele gelangen kann. Man fängt an zu begreifen, daß Armeen und Rüstungen Mittel der Politik und nicht Selbstzweck sind und daß daher an ihre Beschränkung nicht gedacht werden kann, solange keine politische Einigung der beteiligten Mächte möglich ist. Gelangen wir nicht zu einer sinngemäßen Neuordnung der durch die Friedensverträge von 1919 gestörten politischen und wirtschaftlichen Ordnung Europas und damit zu einer Beseitigung der gegenwärtigen Spannungen, so werden auch alle Abrüstungsaktionen nutzlos sein. Abrüstung ist ein politisches Problem. Der Friede wird nicht durch Wunschträume gesichert. Er ist nur innerhalb einer tatsächlichen Lebens- und Interessengemeinschaft möglich. Die Entwicklung unseres eigenen Staates weist uns diesen Weg. Unter Druck und Not haben sich die eidgenössischen Orte während Jahrhunderten allmählich zu einer Lebensgemeinschaft zusammengefunden, ohne dabei auf ihre Besonderheiten und Selbständigkeit grundsätzlich zu verzichten. Unter dem wachsenden asiatisch-amerikanischen Drucke wird vielleicht auch eine europäische Gemeinschaft rascher

Realität werden, als man zur Zeit hoffen mag. Allerdings wird diese nur auf föderalistischer Grundlage möglich sein. Europa erträgt keine Hegemonie. Im Einfluß für eine solche Ordnung, die von jener des gegenwärtigen Völkerbundes allerdings wesentlich verschieden ist, liegt eine Aufgabe der Schweiz, die unserer Geschichte entspricht.

*

Mit dem Nationalsozialismus hatte sich die schweizerische Presse noch vor kurzem auffällig wenig beschäftigt. Man begnügte sich, den „Hitlerspud“ mit einigen verächtlichen Bemerkungen als eine Nachkriegserrscheinung abzutun, die man auf die am Kriege direkt beteiligten und durch dessen Ausgang unbefriedigten Staaten beschränkt glaubte. Als im Frühling dieses Jahres die NSDAP lawinenartig anschwellte, wurden die Pressekommentare wohl etwas länger. Selbst einzelne Zeichen der Beunruhigung blieben nicht verborgen. Doch glaubte man sich in allen Fällen gegen die „braune Flut“ gefeit.

Das hat sich geändert. Seitdem Ende Juli in Radolfszell ein gewisser Herr Fischer an einer Hitlerversammlung die Gründung eines „Bundes nationalsozialistischer Eidgenossen“ ankündigte und im Berliner „Angriff“ verlautete, der 18-jährige Flieger Diggelmann sei eben nach der Schweiz verreist, um dort die Gründung einer nationalsozialistischen Partei „mit aller Kraft und allen Mitteln“ zu fördern, gibt es so etwas wie Hitlerangst in der Schweiz. „Der Gedanke, es könnte vielleicht auch in der Schweiz eine nationalsozialistische Bewegung entstehen, löst allenthalben Unbehagen aus. Aber mit der Möglichkeit wird da und dort gerechnet“. (N. Z. Z. Nr. 1537.)

Diese Befürchtungen zeitigten aufschlußreiche Auseinandersetzungen. Die Lächerlichkeit des bombastischen Auftretens des Herrn Fischer in Radolfszell erfuhr die gebührende Würdigung vor allem im „Nebelspalter“. Wer eine nationalschweizerische Volksbewegung im Rahmen einer ausländischen Parteiversammlung starten läßt, hat das Recht verwirkt, als nationaler Führer aufzutreten. Ebenso war der Spott über die großartige Ankündigung von Diggelmanns Schweizerreise berechtigt. Solches Auftreten entspricht nicht schweizerischer Art. Die Parteiblätter aller Richtungen benützten diese Gelegenheit jedoch gerne, um auch „den verschiedenen nationalen Bewegungen, die sich hie und da bemerkbar gemacht haben“, summarisch den Prozeß zu machen (N. Z. Z. Nr. 1530). Die große Presse hatte diese überall neu entstehenden politischen Gruppen, die ständig Steine in die wohl abgegrenzten Gärten der Parteien warfen, schon lange satt. Der Augenblick schien günstig, um mit ihnen abzurechnen und sie für ihr unliebsames Tun als „Nationalsozialisten“ zu brandmarken. Der Angriff richtete sich zunächst gegen die Form des Auftretens dieser Gruppen. Man warf ihnen vor, sie würden den sachlichen Problemen ausweichen, lediglich an das Gefühl appellieren und hätten keine klaren Richtlinien. Man konstatierte, daß die Voraussetzungen des deutschen Nationalsozialismus Wirtschaftsnot, verlorener Krieg, Bekenntnis zum Volkstum und Notwendigkeit einer nationalen Einigung in der Schweiz entweder gar nicht oder nicht im selben Maße gegeben seien und daher die Grundlage für eine neue nationale Bewegung in der Schweiz fehle. Solche Kritik ist aber ebenso lächerlich und von den Notwendigkeiten unserer Zeit entfernt, als die Experimente der Herren Fischer und Diggelmann! Die Auslassungen der liberalen und marxistischen Blätter richtete sich dieses mal gegen Georges Ultramare's „Ordre Politique National“ (Organ: „Le Pilori“, Genf), gegen „Ordre et Tradition“ in Lausanne (Organ: „La Nation“), gegen die „Schweizer Heimatwehr“ mit ihrem in Zürich erscheinenden „Schweizerbanner“, gegen die dem Leserkreise dieser Zeitschrift durch verschiedene Publikationen bekannte „Neue Front“ und dann vor allem gegen die in ihrem Auftreten robustere, in der letzten Zielsetzung aber der „Neuen Front“ wohl gleichgerichtete „Nationale Front“, die mit einem „Eisernen Besen“

den Staub der eidgenössischen Politik zu kehren begonnen hat. (Wir hoffen in einem der nächsten Hefte zusammenhängend über diese verschiedenen Gruppen, die sich ihrer starken Gemeinsamkeiten immer stärker bewußt werden, zu berichten.) In diesem Zusammenhange darf allerdings eine Bemerkung kameradschaftlicher Kritik am Verhalten unserer Weg- und Kampfesgenossen nicht unterdrückt werden. Der „Eiserne Besen“ hat seine Angriffe gegen die herrschenden Parteien mit einer Heftigkeit und oft auch in einem gewissen „Landsknechtston“ vorgetragen, der gepaart mit dem Appell an das Ressentiment der Leser und starken antisemitischen Akzenten in der äußern Aufmachung stark an die Taktik des deutschen Nationalsozialismus erinnerte, sodaß dem Gegner die Kritik leicht wurde. Soviel wir wissen, waren propagandistische Überlegungen dafür maßgebend und man ist sich heute innerhalb der „Nationalen Front“ bewußt, daß auf die Dauer die Mentalität und politische Tradition unseres Volkes anderes und mehr verlangt. Wir sehen jedoch hinter dieser diskutablen Fassade einen wertvollen Kern: die ernsthaften Bemühungen, dem nationalen Gedanken einen neuen sozialen Inhalt zu geben und im Bekenntnis zum Volkstum unerschütterliche Haltepunkte im chaotischen Getriebe der Zeit zu gewinnen, Aufgaben, denen die herrschenden Parteien längst nicht mehr genügen. Darum sehen wir in der „Nationalen Front“ wie manchen andern jungen nationalen Bewegungen in unserem Lande mehr als die Auswirkung „eines, das Gebiet kindlicher Naivität streifenden Nachahmungstriebes, der eine in völlig verschiedenartigem Klima entwickelte Bewegung (Nationalsozialismus) als Exportartikel betrachtet“. (N. Z. Z. Nr. 1530.)

Es gibt eine gemeinsame Entwicklung des europäischen Geistes, die alle großen Umwälzungen auf wirtschaftlichem, politischem und religiösem Gebiete getragen hat. Die nationale Bewegung, die sich uns heute in der Form von Faschismus und Nationalsozialismus in Italien und Deutschland offenbart, ist eine europäische Erscheinung, die wir unter andern Namen auch in andern Ländern treffen und der sich auch die Schweiz nicht entziehen kann, sobald diese Bewegung, die unsern Traditionen und Bedürfnissen entsprechende, eigene schweizerische Form findet. Man gibt heute in weitem Umfange zu, „daß sich unser politisches Getriebe in einem Erstarrungszustand befindet“. Paul Lang hat diesen in dem Buche „Tote oder lebendige Schweiz?“ (Verlag Rascher & Co., Zürich) kürzlich glänzend gezeichnet. Selbst in der N. Z. Z. (Nr. 1537) war jüngst zu lesen: „Die bestehenden politischen Parteien üben auf einen großen Teil der Stimmberechtigten nur einen geringen Einfluß aus. Den diversen Parteiprogrammen mangelt die nötige Zugkraft“. Und sodann im selben Aufsatz: „Die Hitlerbewegung hat sich auf dem Nährboden eingerichtet, den ihre Gegner bereitet haben“. Auch in unserm Lande gibt es ungezählte Probleme, an deren Lösung durch die heutigen Parteien niemand mehr glaubt. Ist da für eine neue politische Bewegung nicht Raum? Naht ihre Zeit? Ist sie schon da? Wir scheuen uns nicht, diese Fragen zu bejahen! Die nächsten Jahre werden auch der schweizerischen Innenpolitik Überraschungen bringen.

Zürich, den 18. September 1932.

Robert Tobler.

Zur politischen Lage.

Der Umschwung in Deutschland. / Papen und der Nationalsozialismus. / Die Rüstungsfrage.

Die politische Lage in Deutschland stand während der abgelaufenen Berichtsperiode im Mittelpunkt des europäischen Interesses. Da das Schicksal Gesamt-europas untrennbar mit demjenigen Deutschlands verknüpft ist, waren die inner-

politischen Ereignisse, die im Reich mit dramatischer Steigerung einander folgten, von allgemeinem Belang. Der politische Liquidationsprozeß großen Stils, der sich während der letzten Monate in Deutschland abspielte und durch den der Schlußstrich unter eine 14jährige Entwicklungsperiode gezogen wurde, überschattete alle andern nationalen und internationalen Probleme.

Der Staat von Weimar ist nicht mehr. Zwar besteht die Verfassung von 1919 auf dem Papier noch zu Recht, allein die Wirklichkeit ist längst über den toten Buchstaben hinweggeschritten und hat Wege eingeschlagen, die in eine unbekanntere Zukunft führen. Die Verfassung ist nur noch Kulisse für den mit größter Hefigkeit entbrannten Kampf um die Herrschaft. Allgemein wird die Notwendigkeit eines Umbaues des Staates anerkannt, denn mit seltener Deutlichkeit hat das vergangene Jahrzehnt gezeigt, daß die parlamentarische Demokratie westlicher Observanz im deutschen Volksempfinden nie Wurzel zu schlagen vermochte und daß eine grundsätzliche, der deutschen Wesensart entsprechende Neuordnung des politischen Lebens nötig ist. Nach verschiedenen Anläufen ist der Stein ins Rollen gekommen. Ein Zurück gibt es nicht mehr. Fraglich ist heute nur noch, welche Richtung die Oberhand gewinnt.

Die mit der Gewalt eines Naturereignisses daherbrausende Welle des Nationalsozialismus hatte Brüning weggespült. Das Ziel Papens war es, dem Nationalsozialismus das Schwert, mit dem er zum entscheidenden Schlage ausholte, in der letzten Minute aus der Hand zu schlagen, ihn zu domestizieren und in das Joch der Staatsmaschine einzuspannen. Gleichzeitig sollte der alte Parteienstaat ad absurdum geführt und eine autoritäre, vornehmlich auf das Vertrauen des Reichspräsidenten gegründete, von den Stimmungen der Masse unabhängige Staatsführung geschaffen werden. Die groß angelegte, an dramatischen Peripetieen reiche Aktion des Kabinetts begann mit der Regierungserklärung, die ein einziger scharfer Angriff gegen das bisherige System war und die Absicht kund gab, das Steuer radikal herumzuwerfen. Stärkster Kampf wurde dem zermürbenden Staatssozialismus und dem immer mehr um sich greifenden Kulturbolschewismus angesagt und als Ziel verkündet, eine klare Entscheidung darüber herbeizuführen, „welche Kräfte gewillt seien, das neue Deutschland auf der Grundlage der unabänderlichen Grundzüge der christlichen Weltanschauung aufbauen zu helfen“. Es folgte jenes unvergleichlich spannende, vom Kabinetts mit den raffiniertesten Mitteln überlegene geführte Spiel gegen die Parteien, das im Verlaufe von drei Monaten die gesamte politische Lage in Deutschland von Grund auf zu ändern vermochte. Noch sind die einzelnen Schachzüge Papens in Erinnerung: die Aufhebung des Verbotes der nationalsozialistischen Sturmabteilungen, durch die der NSDAP der Märtyrerglanz genommen wurde; die Auflösung des unpopulären Reichstags, durch die der Opposition eines der stärksten Propagandamittel aus der Hand geschlagen wurde; die neue, namentlich vom Reichswehrminister gegenüber Frankreich angeschlagene Tonart, durch die den nationalistisch eingestellten Parteien der Wind aus den Segeln genommen wurde; und endlich der Staatsstreich in Preußen, durch den die schwarz-rote Regierung beiseite geschoben und ein doppeltes erreicht wurde: einerseits die Beseitigung der großen Angriffsfläche für die nationale Opposition und andererseits die Brückierung der Sozialdemokratie. War die letztere gewollt oder ungewollt, der Erfolg lag jedenfalls in der Linie Papen'scher Politik. Die Sozialdemokratie, die durch die lange Tolerierungspolitik gegenüber Brüning mitgenommen war, wurde durch den ihr gegenüber verübten Affront aufs Neue zusammengeschießt und dadurch der Einbruch des Nationalsozialismus in die marxistische Front verhindert. Die NSDAP selbst verbaute sich den Weg in die organisierte Arbeiterschaft, indem sie Papen während des Wahlkampfes mehr oder weniger offen tolerierte und die Identifizierung des Kabinetts mit Hitler stillschweigend oder zum mindesten nur unter schwachem Protest hinnahm.

So standen die Wahlen vom 31. Juli unter der Einwirkung einer Reihe von Imponderabilien. Die Rechnung des Kabinetts stimmte: sein Sieg war vollständig. Er drückte sich nicht in der Mandatzahl einer bestimmten Partei, wohl aber darin aus, daß die bisherige Mehrheit zerschlagen und eine neue, die die Basis für eine starke Regierung hätte bilden können, nicht erreicht wurde. Die Mandatzahl der alten Mehrheit, bestehend aus Sozialdemokratie, Zentrum und Mittelparteien, sank auf unter 50 % herab, während die NSDAP, selbst unter Beizug der Deutschnationalen, unter dem absoluten Mehr blieb. Die parteimäßige Verteilung der Mandate warf ein grelles Schlaglicht auf den Stand der inneren Entwicklung, die das deutsche Volk seit den Reichstagswahlen im September 1930 durchgemacht hatte. Das hervorstechendste Ereignis war die beinahe restlose Vernichtung der liberal-demokratischen bürgerlichen Mittelparteien. Sie wurden vom Nationalsozialismus aufgesogen, dessen Mandatzahl von 107 auf 230 empor schnellte. Das Zentrum vermochte seinen Besitzstand leicht zu erhöhen, während die Sozialdemokratie nur eine unbedeutende Einbuße erlitt und die Kommunisten einen kleinen Zuwachs erzielten. Nicht minder bedeutungsvoll als die Aufreibung der demokratischen Mitte war die Tatsache, daß die geheime Sehnsucht der Nationalsozialisten, der Einbruch in die marxistische Front, nicht in Erfüllung ging. So war der sechste Reichstag der deutschen Republik eine Totgeburt, und die Theorie von der Notwendigkeit eines von den Parteien unabhängigen Präsidialkabinetts hatte ihre Rechtfertigung gefunden.

* * *

Trotzdem die NSDAP im Wahlkampf nicht die absolute Mehrheit errungen hatte, meldete sie in aller Form ihren Anspruch auf die Macht an. In der historischen Unterredung vom 13. August forderte Hitler vom Reichspräsidenten die Führung der Regierung — und Hindenburg lehnte ab. Den Nationalsozialisten wurden einige Ministerien im Kabinett Papen angeboten, eine Offerte, die Hitler, der den Wahlkampf unter der Parole vom „Übergangskabinett Papen“ geführt hatte, ausschlug. Wieder einmal zeigte sich die ganze Problematik der von Hitler beschworenen Legalität der nationalsozialistischen Bewegung. Vielleicht war der Bruch mit Papen der Moment, in dem es dem Nationalsozialismus mit kühnem Griff gelungen wäre, die Macht an sich zu reißen. Er entschied sich dafür, in die Opposition zu gehen und den Kampf um die Macht mit legalen Mitteln weiterzuführen. Dadurch, daß der Plan Papens, den Nationalsozialismus unter konservativer Kontrolle in die Regierung hereinzunehmen, scheiterte, entstand eine völlig neue Situation. Zwei nationale Richtungen rangen von jetzt an um die Macht. Während sich das Kabinett äußerst schlagfertig und geistesgegenwärtig zeigte, schien der Nationalsozialismus von einer gewissen Nervosität befallen zu sein. Alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt, um die Regierung, die mit äußerster Zähigkeit die einmal eingeschlagene Linie festhielt, in offener parlamentarischer Feldschlacht zu schlagen. Mit rasender Schnelligkeit spitzte sich der Konflikt bis zum 12. September zu, an welchem es zu jenem grotesken Wettlauf zwischen Auflösung des Reichstags und Sturz der Regierung kam. Mit knapper Not kam die Regierung der Volksvertretung zuvor, konnte aber immerhin nicht verhindern, daß diese, bereits im Sterben liegend, noch zu einem wuchtigen Prankenschlag gegen das Kabinett ausholte, indem sie ihm mit 512 von 608 Stimmen das Mißtrauen aussprach. Das Verdikt des Parlaments blieb jedoch eine bloße Demonstration, da die Regierung, die sich im Besitze der realen Machtmittel des Staates sicher fühlte, keine Konsequenzen daraus zog.

Es untersteht keinem Zweifel, daß die Taktik Papens derjenigen Hitlers überlegen war. Der Nationalsozialismus ist in eine in mehr als einer Beziehung unnatürliche Situation hineinmanövriert, die für ihn die Gefahr von inneren Krisen, wenn nicht gar von Abspaltungen und Abspaltungen in sich birgt. Auch

besteht die Möglichkeit, daß Kreise, die ihm bisher ihr Interesse zuwandten, nunmehr zu Papen hinüberwechseln, dessen von konservativer Gesinnung getragene Staatsführung ihnen zuverlässiger erscheinen muß als die chaotische und mit revolutionären Elementen durchsetzte Hitlerbewegung. Könnte es in den Ohren dieser Kreise nicht wie eine frohe Botschaft, als Papen in seiner großen Rede von Münster sich restlos auf den Boden der Privatwirtschaft stellte und erklärte, daß die Reichsregierung aus grundsätzlichen Überlegungen heraus alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft ablehne? Die betont privatwirtschaftliche und kapitalistische Einstellung Papens fand in seiner großen Notverordnung eindeutigen Ausdruck. Diese brachte einen scharfen Abbau der sozialen Verpflichtungen des Staates, eine bedeutende Erleichterung der Situation des Privatunternehmers und einen schweren Einbruch ins Tariffsystem, aber kein großzügiges und hinreißendes Programm für die Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Kurs des Kabinetts hatte eine scharfe Linksorientierung beim Nationalsozialismus zur Folge. Je mehr die nationale Regierung innerpolitisch ihr kapitalistisches Gesicht zeigte und gleichzeitig außenpolitisch einen stark nationalistischen Kurs verfolgte, um so sozialistischer wurde der Nationalsozialismus. Ein großer Teil der in seiner nationalen Komponente aufgespeicherten Energie strömte ab und aktivierte in bisher nicht gesehenem Maße die sozialistische. Diese Tendenz wurde schon im Wahlkommentar des „Völk. Beobachters“ zu den Reichstagswahlen angedeutet. „Es wird nunmehr größter Arbeit bedürfen“, schrieb damals Alfred Rosenberg, „einer klaren Arbeiterpolitik im Rahmen des gesamten volkssozialistischen Wirkens den Weg zu bahnen“. Als absolute Notwendigkeit wurde eine „kompromißlos sozial gerichtete Staatsführung“ hingestellt. Seither hat der Kurs auf den „deutschen Sozialismus“ bei der NSDAP einen gewaltigen Auftrieb erfahren. Ob die Politik Papens diese Wendung vorausjah? Die Situation ist heute so, daß eine geniale Führung des Nationalsozialismus vielleicht die Verbindung nach links, insbesondere zu den Gewerkschaften, herzustellen vermöchte. Dies wäre ein Ereignis von allergrößter Tragweite. Zum ersten Mal seit langer Zeit würde sich die Perspektive auf eine Überwindung des Klassenkampfes und auf einen wirklich organischen Um- und Neubau der Gesellschaft eröffnen. Einzelne Fäden sind bereits gesponnen. Die kommenden Wochen und Monate werden zeigen, ob der Nationalsozialismus und die Gewerkschaften die einmalige Chance zu nutzen innerlich bereit sind. Sie werden aber auch darüber Klarheit schaffen, ob die nationalsozialistischen Führer das neue Lebensgefühl, das die Bewegung und in ihr hauptsächlich die jungen und revolutionären Elemente durchbraust, endlich in eine faßbare Form zu gießen wissen. Mit dem Trommeln allein ist es heute nicht mehr getan. Soll die Bewegung nicht Gefahr laufen, zu verlanden, so ist eine immer stärkere weltanschauliche Durchdringung notwendig. Der Weg ist beschritten. Langsam schiebt sich die mächtige Gestalt Gregor Straßers in den Vordergrund. Gregor Straßer war es, der kurz vor dem Sturz Brüning's im Reichstag das Wort von der „antikapitalistischen Sehnsucht“ des deutschen Volkes aussprach, der die Forderung aufstellte, daß „die Arbeiter der Stirn und der Faust zum Träger des Staatsgedankens“ gemacht werden müßten und der nicht müde wird, in immer neuen Anläufen das wogende Gefühl einer neuen Staatsgesinnung und Lebensauffassung in Worte zu prägen. „Jenes tiefe Bewußtsein“, so schrieb er kürzlich, „daß es sich bei unserem Kampfe nicht um die Durchsetzung einer mehr oder minder wichtigen und richtigen Parteipolitik handelt, überhaupt nicht einmal in letzter Linie um die Erreichung politischer Ziele — gleichgültig ob außenpolitischer, innenpolitischer oder wirtschaftspolitischer Natur —, sondern um das Emporkommen eines neuen Lebensgefühls, um die Geburt einer neuen Weltanschauung, dieses Bewußtsein ergreift mehr und mehr die Herzen und Hirne der Menschen, bei den einen bewußter, bei den andern unbewußter“. Die Weiterexistenz der NSDAP

wird davon abhängen, ob es ihr gelingt, dieses neue Lebensgefühl zu formen. Das Experiment Papens zwingt den Nationalsozialismus, sich auf seine weltanschaulichen Grundlagen zu besinnen. Nur dann hat der Kampf gegen Papen einen Sinn, wenn er auf dieser Ebene geführt wird. Und das Experiment Papens zwingt die NSDAP ferner, sich mit der Arbeiterschaft, gegen die auf die Dauer nicht regiert werden kann, zu verständigen. Erreicht sie dieses Ziel, so besteht die Möglichkeit, daß die furchtbare Verkrampfung des politischen Lebens sich allmählich löst und der Weg in eine bessere Zukunft frei wird. Erreicht sie es nicht und versteifen sich die heutigen Fronten, so war der Kampf zwar nicht vergebens, aber die historische Mission des Nationalsozialismus muß als gescheitert betrachtet werden.

* * *

Nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch kam mit der Regierung Papen-Schleicher der Stein ins Rollen. Es war zu erwarten, daß ein rechts gerichtetes Kabinett die brennende Wehrfrage anschnneiden würde. Bereits auf der Konferenz in Lausanne hatte Papen das Problem in die Diskussion geworfen. Frankreich lehnte damals eine Behandlung rundwegs ab, und Papen mußte sich damit zufrieden geben, da ihm an einem positiven Abschluß der Konferenz gelegen war. In der Folge bot der Abschluß der ersten Periode der Genfer Abrüstungskonferenz Gelegenheit, den deutschen Standpunkt erneut zu fixieren. Bekanntlich verpflichteten sich die Siegermächte im Versailler Vertrag, ihre militärischen Rüstungen auf den gleichen Stand herabzusetzen, den sie Deutschland aufzwingen. Von Abrüstung war jedoch in den auf den Krieg folgenden Jahren nicht die Rede, vielmehr sah die Welt eine derartige Aufrüstungswelle die Staaten überschwemmen, daß die Lasten, welche diese mit sich brachte, für einzelne allmählich untragbar wurden. Eine Abrüstungskonferenz wurde nach langer Vorbereitung einberufen — allein sie endigte mit einem gänzlichen Fiasko. Selten sind die Hoffnungen der Völker derart zu Schanden gemacht worden wie durch die Konferenz von Genf. Der italienische Luftfahrtminister Balbo nannte die Konferenz „die scheußlichste Werkstatt der Täuschungen und Falle für die Einfältigen“. Es war durchaus logisch, wenn der deutsche Vertreter in der Schlußsitzung höflich, aber bestimmt erklärte, daß Deutschland an allfälligen weiteren Arbeiten der Konferenz erst dann teilnehmen werde, wenn die deutsche Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage von den Konferenzteilnehmern anerkannt sei. Er stellte zur Erreichung dieses Zieles direkte Verhandlungen mit Frankreich in Aussicht. Das Gespräch mit Frankreich wurde durch eine diplomatische Note eingeleitet. Das im Ton äußerst ruhig gehaltene, inhaltlich durch seine scharfe Logik überzeugende Schriftstück zeigte nochmals die wahre Alternative der Abrüstungsfrage, wie sie sich für Deutschland stellt: Entweder ausdrückliche Anerkennung, daß die erstrebte Abrüstungskonvention auch für Deutschland gilt und daß damit sinngemäß der Teil V des Versailler Vertrages sein Ende gefunden hat — dann kann Deutschland an der Abrüstungsdebatte sich weiter beteiligen; oder aber weiterhin scharfe Trennung zwischen Abrüstungskonvention und Teil V des Versailler Vertrages — dann hat Deutschland an der Konferenz nichts mehr zu suchen und scheidet daher aus der Abrüstungsarbeit aus. Frankreich will die zwingende Logik dieser Alternative nicht erkennen. In seiner Antwort wies es mit gepflegten Wendungen und einläßlichen juristischen Erörterungen den deutschen Anspruch zurück. Es verschanzte sich gleichzeitig hinter dem mit England abgeschlossenen Vertrauenspakt und erklärte, zur Behandlung der deutschen Forderungen inkompetent zu sein. Zuständig sei der Völkerbundsrat, an den Deutschland sich zu wenden habe.

Der Versuch Deutschlands, mit Frankreich ein Privatgespräch über die Rüstungsfrage zu beginnen, ist demnach fehlgeschlagen. Folgerichtig erklärte Deutschland, sich unter diesen Umständen nicht mehr weiter an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz beteiligen zu können. Es besteht nunmehr die Gefahr, daß die

Wege Deutschlands und Frankreichs sich endgültig trennen. Mehr und mehr entschwindet die Möglichkeit einer Verständigung. Neue, schwere Spannungen und Konflikte stehen in Aussicht — und der Leidtragende ist Europa.

Schaffhausen, 18. September 1932.

Rolf Henne.

Aus den Landesteilen.

Tessinisch-Italienisches.

Der Bundespräsident ist ein Italiener, erklärte mir zu meinem nicht geringen Erstaunen ein Rechtsanwalt drunten in Südtalien im Kriegsjahr 1916. Nein, unser Bundespräsident ist doch selbstverständlich ein Schweizer, ein echter Schweizer aus dem Tessin, wagte ich etwas schüchtern zu entgegnen, denn im kriegführenden Land soll man nicht zu vorlaut reden. Nein, er ist ein Italiener, wie schon sein Name, Giuseppe Motta, sagt, entgegnete mir unentwegt der redegewandte Napolitaner. Das stark belastende philologische Beweismaterial glatt wegzuleugnen, wagte ich nicht, erlaubte mir aber immerhin einzuwenden, Giuseppe Motta sei ein ebenso glänzender Redner in französischer und deutscher, wie in italienischer Zunge. Verlorene Liebesmühe! Für meinen Freund in Neapel war und blieb unser Bundespräsident Motta ein Italiener. Ein Italiener schweizerischer Staatszugehörigkeit allerdings.

Einige Jahre später in einem bekannten Kurort Italiens. Ich war täglich in Gesellschaft eines inzwischen gestorbenen Tessiner Arztes, der in kantonaler und Gemeindepolitik eine gewichtige Rolle spielte. Nicht gering war mein Erstaunen, als dieser waschechte Sohn eines tessinischen Alpendorfes eines Tages in einer größeren Gesellschaft von Mailändern und Mailänderinnen erklärte, er sei Vollblut-Italiener [*italiano puro sangue*]; politisch gehöre er zur Schweiz.

Wollte der napolitanische Advokat, der unsern Bundespräsidenten zum Italiener stempelte, damit territoriale Anrechte Italiens ableiten auf den Boden, der einen Giuseppe Motta hervorbrachte? Wir glauben kaum. Aus der rassenbewußten Ausdrucksweise dürfen wir wohl weiter nichts als die stolze Genugtuung heraus hören, daß die schweizerische Eidgenossenschaft einen Vertreter italienischer Sprache und Kultur zur höchsten Landeswürde erkoren hatte.

Dürfen wir dem tessinischen Landarzt und Politiker aus seinem ehrlichen Bekenntnis zum rassenreinen Italienertum einen Strich drehen und ihn etwa des Irredentismus verdächtigen? Nichts wäre ungerechter. Sein Schweizertum war so selbstverständlich, so fest in seinem ganzen Wesen verankert, wie das irgend eines Urners, Appenzellers oder Genfers. Ebenso selbstverständlich aber war seine innerste Zugehörigkeit zum italienischen Geistesleben, was er als Rassenreinheit auszu drücken beliebte.

Wie wenig übrigens die Teilnahme des Tessins am italienischen Geistesleben ins Politische hinüberspielt, trat nie deutlicher in Erscheinung als gerade heute. Der Tessiner steht dem Fascismus als einer Erscheinung gegenüber, die ihm völlig wesensfremd ist, die mit tessinisch schweizerischer Eigenart nichts gemein hat. Wohl bestand eine kleine Gruppe aristokratischer Jungkonservativer, die das Heil der Welt im Fascismus und zucht reinen Nationalismus der einzelnen Staaten, namentlich des katholischen Italiens und des katholischen Frankreichs glaubten entdeckt zu haben. Der jungkonservativen Gruppe war aber kein langes Leben beschieden. Sie ist vor einigen Jahren in der katholisch-konservativen Partei aufgegangen, in deren Schoß für ausländisch fascistische Extravaganz kein Raum übrig bleibt. Zugleich verschwand auch ihr Organ, „La Voce“, aus dem südlich farbenreichen Blätterwald des Tessins.

Die heutigen tessinischen Jungkonservativen, die sogenannten „Guardisten“ haben mit den Faschisten nichts gemein als die Uniform, deren Hauptstück ein blaues Hemd ist anstatt des schwarzen jenseits der Grenze.

Die katholisch-konservativen Zeitungen verschiedener Schattierungen vom bescheidenen Wochenblättchen „La Famiglia“ bis zum offiziellen Organ der bischöflichen Curie, „Giornale del Popolo“, und zum offiziellen Tagesblatt der katholisch-konservativen Partei, „Popolo e Libertà“, gehen innenpolitisch oft weit auseinander. Über die politischen Verhältnisse Italiens unterrichten sie aber ihre Leser stets vom bodenständig schweizerischen Standpunkt aus, wobei sie naturgemäß den gegenseitigen Schwachzügen des kirchlichen Denkers und des weltlichen Machthabers Roms ihre besonders rege Aufmerksamkeit zuwenden.

Ebenso wenig als die katholisch-konservativen bilden die fünf oder sechs liberal-radikalen Blätter eine geschlossene Einheit. Weder innenpolitisch noch außenpolitisch. Als sich die „Gazetta Ticinese“ in Lugano vor einigen Jahren einen waschechten Faschisten, von Geburt allerdings Schweizer, als Chef-Redaktor aus Mailand verschrieb, kam es im liberal-radikalen Lager zu einem nicht geringen Familienstreit, der durch vorzeitigen Rücktritt des neugewählten Schriftleiters notdürftig geschlichtet wurde. Nach der kurzen Gastgeberrolle im Tessin zog er sich wieder in die lombardische Hauptstadt zurück, deren politisches Klima ihm offenbar besser zusagt als das der schönen Stadt am Luganersee.

Der einmal entfesselte Bruderzank liberaler Blätter um die Trennungslinie faschistenfreundlich—faschistenfeindlich ließ sich aber trotz Salomonsprüchen der obersten Parteileitung nicht aus der Welt schaffen. Im Grunde sind sie alle bodenständig schweizerische Blätter, die auf dem Boden des politischen Heimatschutzes stehen. Die demokratischen Grundsätze der „Avanguardia“ in Lugano und der „Gazetta di Locarno“ sind aber so starr puritanischer Natur, daß diese beiden liberalen Blätter andere liberale Blätter faschistenfreundlicher Gesinnung bezichtigen, wenn sie am Regierungssystem des benachbarten Königreichs irgend einen guten Faden gelten lassen. Faschistenfreundlich tönt aber heute im Tessin nicht viel besser als deutschfreundlich während des Weltkrieges seligen Gedenkens.

Im übrigen folgt die liberal-radikale Presse des Tessins in der Beurteilung der Weltpolitik, in ihrer Stellungnahme zum Völkerbund und zur Abrüstung Richtlinien, die eher vom Seine- als vom Tiberstrand kommen. Zum gleichen Kapitel gehört auch die Tatsache, daß im Tessin seit vielen Jahren eine „Vereinigung der Freunde Frankreichs“ besteht. Es handelt sich wohlverstanden nicht um Franzosen, sondern um „Freunde Frankreichs“. Nach dem Gegenstück, einer Vereinigung der Freunde Italiens, suchen wir im Tessin vergebens.

Sehr leicht macht sich das Sozialistenblatt „Libera Stampa“ in Lugano die Aufgabe, seine Leser über das politische und wirtschaftliche Leben Italiens zu unterrichten. Alles Ungünstige wird in großer Aufmachung täglich in spaltenlangen Mitteilungen zusammengestellt. Das Günstige wird sorgfältig verschwiegen. Der Zeitungsschreiber wetteifert mit dem Darsteller des Verbrecherromans und der auf Nerventügel und Katastrophenpolitik eingestellte Leser kommt auf seine Rechnung.

„Il Paese“, das Organ der nicht sehr großen tessinischen Bauernpartei, beschäftigt sich mit den politischen Ereignissen Italiens nur insofern sie mit wirtschaftlichen Verhältnissen in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Für seine fürsorglichen Maßnahmen zugunsten der italienischen Landwirtschaft erhielt Mussolini von der tessinischen Bauernzeitung schon mehr als einmal die Note gut bis sehr gut, die Bauernzeitung hingegen für dies Urteil vom Sozialistenblatt „Libera Stampa“ die Note schlecht bis sehr schlecht.

Aus meinen Ausführungen ergibt sich, wie wenig heute trotz gemeinsamer Sprache und Kultur politische Einflüsse Italiens im Tessin zur Geltung kommen.

Nachruf.

Man braucht einen Nachruf nicht aufzuspüren, bis jemand aus dem Leben scheidet. Das Ausscheiden aus langjähriger Tätigkeit verdient unter Umständen schon die Aufmerksamkeit eines solchen. So im Fall des Rücktritts des Berliner J. H.-Berichterstatters der „Neuen Zürcher Zeitung“ und, da in der Zürcher Redaktion keine Verwendung für ihn vorhanden zu sein scheint, seines Ausscheidens aus dem Blatt überhaupt. Unser Nachruf gilt dabei allerdings nicht der Person, sondern allein der langjährigen Berichterstattung von J. H. von seinem Berliner Beobachtungsposten aus. Falls nicht etwa zum Zweck persönlicher Rechtfertigung gelegentlich aufklärende „Memoiren“ erscheinen, wird es für eine breitere Öffentlichkeit allerdings nicht möglich sein, festzustellen, welchen Anteil an der Art dieser Berichterstattung Antrieb und Überzeugung ihres Verfassers und welchen die Anweisungen der heimischen Redaktion haben.

Wenn immer man all die Jahre hindurch die NZZ. aufschlug und einen J. H.-Bericht oder ein J. H.-Telegramm las, wußte man zum voraus, daß man daraus wenig wirkliche Unterrichtung über die Vorgänge der deutschen Politik, wohl aber eine um so stärkere Aufmunterung zu persönlicher Stellungnahme dazu erfuhr. Nie wurden die deutschen Verhältnisse aus deutschen Voraussetzungen heraus beurteilt, nie der Artikel oder die Meldung abgefaßt, um Verständnis für das zu wecken, was in Deutschland geschah. Bestimmend war eine vorgefaßte Meinung, Ziel die Hervorrufung eines bestimmten Eindrucks beim heimischen Leser. Man hätte meinen können, es handle sich darum, die schweizerische Öffentlichkeit zu leidenschaftlicher Einmischung in die deutschen Parteikämpfe aufzurufen. Nicht zufällig ist man daher in breiten Kreisen der Schweiz durch die deutsche Entwicklung der letzten Zeit völlig überrascht worden und steht ihr heute in gänzlicher Rat- und Urteilslosigkeit gegenüber. Und wenn heute J. H. sang- und klanglos seinen Abschied erhält, so hängt das vielleicht mit dem allmählich selbst im beschränktesten Gehirnkasten des NZZ.-Verwaltungsrates aufdämmernden Bedürfnis zusammen, zu wissen, was nun eigentlich in unserm nördlichen Nachbarland vor sich geht.

Dafür, daß J. H. seine Berichterstatteraufgabe in so ungenügender Weise erfüllte, mag seine Volksfremdheit und seine allzu akademisch-unpolitische Schulung schuld gewesen sein. Zu den durch Geschichte und gegenwärtige Lage der schweizerischen Innen- und Außenpolitik gestellten Forderungen, ja zur schweizerischen Politik überhaupt, hat J. H. wohl nie ein Verhältnis gehabt. In Ermanglung eines schweizerischen Standpunktes lehnte er sich so für seine Beurteilung der deutschen Vorgänge einfach an irgendwelche deutsche Parteigesichtspunkte, vor allem aber an die Gesichtspunkte auswärtiger Großmächtspreßvertreter in Berlin an.

Wenn der Leitung der Neuen Zürcher Zeitung und der hinter ihr stehenden Partei diese Art der Berichterstattung über Deutschland nicht zugesagt hätte, wäre es zweifellos nicht erst heute zum Ausscheiden von J. H. gekommen. Es bestanden, bei aller sonstigen Verschiedenheit der Welt- und Wirtschaftsanschauung zwischen den Parteien, die J. H. durch seine Berichterstattung in Deutschland unterstützte, und der hinter der NZZ. stehenden Partei, aber eben wesentliche Berührungspunkte. Zentrum und Sozialdemokratie in Deutschland verdankten ihre beherrschende Machtstellung der neuen deutschen Ordnung und mußten sich, um der Behauptung dieser Machtstellung willen, wohl oder übel mit den schweren außenpolitischen Belastungen der neuen Ordnung beladen. Auch der schweizerische Freisinn übernahm, um sich in seiner 1918 durch innere Spaltungen (damaliger Gegensatz deutsch-welsch) und durch den Großangriff von Links (Generalstreik) und Rechts schwer bedrohten politischen Machtstellung halten zu können, die auch der Schweiz aus der neuen europäischen Machtordnung erwachsenden außenpolitischen Belastungen (Verzicht auf „undifferenzierte“ Neutralität, auf die Zonenordnung von 1814/15 usw.). So waren

bei uns der Freisinn, in Deutschland Sozialdemokratie und Zentrum Hauptträger der „Erfüllungs“= (Völkerbunds=) Politik.

Beide, Freisinn hier, Zentrum und Sozialdemokratie dort, sind heute entsprechend die Leidtragenden der Entwicklung. Denn eine Partei oder Parteigruppe, die international eine Politik unterstützt, die dem selbständigen staatlichen Dasein des eigenen Volkes abträglich ist, muß auf die Dauer notwendigerweise den Rückhalt im eigenen Volk verlieren, mag sie von der Presse des interessierten Auslandes noch so sehr unterstützt werden. Für unsere schweizerische Freisinnspartei kommt dazu, daß durch die Haltung einer Neuen Zürcher Zeitung (und übrigens auch zahlreicher anderer Freisinnblätter) in Deutschland gerade die Machtstellung derjenigen Parteien gefördert wurde, die in der Schweiz den bestimmenden Einfluß des freisinnig=protestantischen Volksteiles im Staat auszuschalten drohen und deren, auf Kosten des freisinnig=demokratischen Volksteils geübte Herrschaft für die Schweiz genau zu dem gleichen staatspolitischen Schwächezustand führen würde (man kann geschichtliche Vergleiche über frühere Vorherrschaftszeiten des katholischen Volksteiles ziehen), wie ihn das Deutsche Reich in den vergangenen zwölf Jahren unter der Herrschaft der entsprechenden Parteien erlebt hat.

Unter dem Druck der wirtschaftlichen Notlage, die auch unser Land mehr und mehr erfaßt, und der entsprechend veränderten Einstellung der Weltpolitik zur Versailler Ordnung und deutschen Frage, und unter der Wucht der inneren Entwicklung in Deutschland selbst, beginnen, wie gesagt, auch in den verkalktsten Gehirnkästen unserer Hüter der öffentlichen Meinung einige Lichter aufzugehen. Man merkt, daß der Grund, auf dem man in den vergangenen zwölf Jahren die eigene Politik gebaut hat, weder die Partei noch das Land trägt. Vor allem aber spürt man, daß der Wind heute aus verschiedenen Richtungen weht, und da möchte man sein Mäntelchen gerüstet haben, um es rechtzeitig nach der Richtung zu hängen, in der der Wind schließlich am stärksten bläst. Wie es aber auch mit dieser Merk- und Anpassungsfähigkeit sei: das Schlimme ist, daß es überhaupt zu einer solchen Art Berichterstattung kommen und daß sie sich über so lange Zeit unwidersprochen erstrecken konnte. Vor fünfzig Jahren wäre es ganz undenkbar gewesen, daß in einem führenden Blatt des damals eben noch wirklich führenden Freisinns in solcher, gegen die Interessen der Partei und des Landes gerichteten Weise hätte geschrieben werden können. Wenn das heute möglich ist, dann drückt sich darin eben die völlige Instinktlosigkeit und geistige Zersetzung der Partei aus, in der vor hundert Jahren der protestantische Volksteil seinem politischen Willen Gestalt gab.

Hans Dehler.

Kultur- und Zeitfragen

Erziehung zur Politik.

Im Juni=Heft der immer sehr lebendig geführten „Schweizer Erziehungs-rundschau“ (Herausgeber Karl E. Lüscher, Hauptredaktor Willi Schohaus, Verlag St. Gallen) veröffentlicht Dr. Karl Naef, Sekretär des Schweizerischen Schriftstellervereins, ein „Projekt einer schweizerischen Schule für Politik“, das ernsthaftester Beachtung wert ist. Naef verrät darin eine seltene Aufgeschlossenheit für das, auf was es heute bei jeder politischen Erziehungsarbeit ankommt. Unausgesprochen ist sein Artikel allerdings im Grunde eine einzige Absage an die bestehenden Bildungseinrichtungen.

„Tat ist Ausfluß der Kraft und des Charakters. Der Akt der Entscheidung . . . ist weder lehr- noch lernbar“. Diese Erkenntnis ist an die Spitze aller Erziehung